

Medienkonferenz vom 23. Januar 01

Ort: Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern

Zeit: 10.00 Uhr

Begrüssung und Zielsetzung der Medienkonferenz

Dr. Sven Bradke, Moderator

JA zu Europa – NEIN zur EU-Initiative

SR Bruno Frick (CVP)

EU-Initiative: Die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt

NR Walter Frey (SVP)

NEIN zur EU-Initiative aus aussenpolitischen Überlegungen

SR Jean-Claude Cornu (PRD)

NON à l'initiative pour des raisons Institutionnelles

NR Serge Beck (LPS)

Die Schweiz ist für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht reif

SR Hans-Rudolf Merz (FDP)

Präsentation der Internet-Site; Inhalte der dt und fz Kampagne

Dr. Sven Bradke und NR Serge Beck

Fragerunde

Begrüssung und Zielsetzung der Medienkonferenz

von Dr. Sven Bradke, Kampagnenleiter

Sehr geehrte Damen und Herren

In der letzten Session haben sich einige Parlamentarier zusammengesetzt, um die Kampagne gegen die Volksinitiative „Ja zu Europa!“ auf die Beine zu stellen. Dies aus der Überlegung heraus, dass das Feld nicht einfach den Euro-Turbos und den vehementen Euro-Gegnern überlassen werden darf. Die Frage über die Rolle der Schweiz im Rahmen der Europäischen Integration ist zu wichtig, als dass darüber „hemdsärmelig“ oder aus reinen Emotionen entschieden werden darf. Gefragt sind vielmehr vernünftige Überlegungen, eine korrekte innen- und aussenpolitische Lagebeurteilung, eine rationale Handlungsweise sowie eine alle Optionen wahrende aussenpolitische Perspektive. Aus diesen Gesprächen während der letzten Session ist die Idee entstanden, ein Gegenkomitee mit dem Namen „europäisch denken – vernünftig handeln: NEIN zur EU-Initiative“ zu gründen.

Dieses Komitee, das aus 10 Co-Präsidenten sowie aus über 100 National- und Ständeräten besteht, plädiert dafür, dass die Volksinitiative „Ja zu Europa!“ abzulehnen sei. Dies aus der Überzeugung heraus, dass diese Volksinitiative *die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt mit dem falschen Titel* stellt. Es ist uns ein Anliegen, als Befürworter der bilateralen Verträge und damit einer langfristigen, berechenbaren Europapolitik ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen, das nicht ideologisch begründet ist, sondern sich auf sachliche Kriterien abstützt. Wir sagen zudem NEIN zu einer Initiative, die den Volksentscheid zu den bilateralen Abkommen teilweise missachtet und im Widerspruch zur heutigen, verfassungsmässigen Ordnung steht. Wir halten die im Vorfeld zur Abstimmung über die bilateralen Abkommen gemachten Aussagen hoch, wünschen uns ein baldiges Inkrafttreten dieser Verträge und votieren für das Sammeln von Erfahrungen, bevor weitere, entscheidende Integrationsschritte beschlossen werden. In diesem Sinne lehnen wir die Volksinitiative „Ja zu Europa!“ ab und rufen das Volk auf, vernünftig und mit Weitsicht NEIN zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu sagen.

Ziel dieser Medienkonferenz ist es nun, Ihnen wichtige Exponenten unseres Komitees, unsere Argumente sowie unsere Kampagne kurz vorzustellen. Dies in der Hoffnung, mit unseren sehr beschränkten Mitteln das Volk für unser „NEIN der Vernunft“ gewinnen zu können. Dass die Abstimmung knapp wird, das scheint seit dem CVP-Entscheid vom vergangenen Samstag wohl nun allen klar geworden zu sein. Wie wichtig diese Abstimmung jedoch ist, haben aber leider noch nicht alle begriffen.

Bern, 23.1.01

Aus Vernunft und Staatsverantwortung NEIN sagen!

Das Komitee „europäisch denken – vernünftig handeln. NEIN zur EU-Initiative“ hat sich heute der Öffentlichkeit vorgestellt. Das über 100 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zählende Komitee wirbt aus Gründen der Vernunft und Staatsverantwortung für eine Ablehnung der Volksinitiative „Ja zu Europa!“, die am 4. März zur Abstimmung gelangt. Die Initiative stellt die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt mit dem falschen Titel.

An einer Medienorientierung in Bern stellten die Gegner der Initiative „Ja zu Europa!“ ihr Komitee, ihre Aktivitäten sowie ihre wichtigsten Gründe gegen die Volksinitiative der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS) vor. Dem Komitee gehören über 100 National- und Ständeräte aus den verschiedensten Parteien an. Das Komitee fordert die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, dem Bundesrat und der Mehrheit des Parlaments zu folgen und die Volksinitiative „Ja zu Europa!“ an der Urne abzulehnen. *Die Initiative stelle die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt mit dem falschen Titel.* Die Ablehnung dieser Vorlage beruhe auf Realismus und staatspolitischer Verantwortung. Das NEIN sei vor allem ein NEIN zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die bilateralen Verträge in einzelnen EU-Staaten noch nicht einmal ratifiziert seien und die verfassungsmässige Ordnung der Schweiz die Kompetenz zur Aufnahme von aussenpolitischen Verhandlungen ausdrücklich dem Bundesrat überlasse. Eine Änderung dieser verfassungsmässigen „Spielregel“ trage weder den innen- noch den aussenpolitischen Gegebenheiten Rechnung.

Es gelte nun, zuerst die bilateralen Verträge unter „Dach und Fach“ zu bringen, mit diesen entsprechende Erfahrungen zu sammeln und dann unter Würdigung aller relevanten Faktoren allfällige weitere Integrationsschritte einzuleiten. Die Schweiz wäre heute weder innen- noch wirtschaftspolitisch für Beitrittsverhandlungen vorbereitet. Der hierfür notwendige Reformbedarf müsse zuerst genaustens analysiert und politisch diskutiert werden.

Das Komitee „europäisch denken – vernünftig handeln. NEIN zur EU-Initiative“ ruft deshalb alle Schweizerinnen und Schweizer auf, die Vernunft walten zu lassen und diese Vorlage abzulehnen.

Bern, 23.1.2001

7 Gründe für ein NEIN zur EU-Initiative

- Wir denken europäisch und handeln vernünftig. Unser NEIN zu *dieser* EU-Initiative beruht auf Realismus und staatspolitischer Verantwortung. Wir sagen vor allem NEIN zur sofortigen Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen.
- Die bilateralen Verträge wurden dem Schweizer Volk als vernünftige und zukunftsweisende Annäherung an Europa empfohlen. Weitergehende Forderungen, die kurz nach der Annahme dieser Verträge gestellt werden, zielen am eigentlichen Volkswillen vorbei.
- Die Initiative „Ja zu Europa!“ stellt *die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt*. Die Umsetzung sowie der allfällige Ausbau der bilateralen Verträge geniessen zurzeit Priorität. Aussenpolitische Experimente sind heute weder gefragt noch staatspolitisch zu verantworten.
- Die bilateralen Verträge sind in den EU-Staaten noch immer nicht unter „Dach und Fach“. Solange diese Verträge nicht in Kraft sind, darf die Schweiz keine weitergehenden Integrationsschritte beschliessen.
- Ein NEIN zu *dieser* EU-Initiative verschafft die nötige Zeit, die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der drei europapolitischen Optionen - Ausbau der bilateralen Verträge, EWR 2 oder EU-Beitritt - genaustens zu prüfen und in Kenntnis dieser Auswirkungen die richtigen Schritte einzuleiten.
- Die Schweiz wäre heute weder innen- noch wirtschaftspolitisch vorbereitet, Beitrittsverhandlungen zu führen. Zudem steht die Volksinitiative im Widerspruch zu unseren etablierten verfassungsmässigen Spielregeln.
- Bundesrat und Parlament lehnen die Volksinitiative „Ja zu Europa“ ab. Dies gemäss dem Motto: **„europäisch denken - vernünftig handeln. NEIN zur EU-Initiative“**.

Dire NON pour le bon sens et la responsabilité en tant que citoyen!

Le comité «penser européen - agir raisonnablement. NON à l'initiative UE» s'est aujourd'hui présenté au public. Pour des motifs de bon sens et de responsabilité en tant que citoyen, ce comité comprenant plus de 100 parlementaires, s'engage activement pour le rejet de l'initiative populaire «Oui à l'UE!» qui sera soumise au vote le 4 mars prochain. Cette initiative pose la mauvaise question au mauvais moment et avec un mauvais titre.

Au cours d'une conférence de presse à Berne, les adversaires de l'initiative «Oui à l'UE!» ont présenté leur comité, leurs activités et leurs principales raisons de rejeter l'initiative populaire du Nouveau mouvement européen Suisse (NOMES). Le comité est constitué de plus de 100 Conseillers nationaux et Conseillers aux états issus de divers partis politiques. Le comité invite les citoyennes et citoyens à suivre le Conseil fédéral et la majorité du parlement et de rejeter par leur vote l'initiative «Oui à l'UE». *Cette initiative pose la mauvaise question au mauvais moment avec un mauvais titre.* Le rejet de cet objet repose sur le réalisme et la responsabilité en tant que citoyen. Le NON est avant tout un NON à l'engagement sans délai de pourparlers en vue de l'adhésion à l'UE. Ceci, essentiellement du fait que les accords bilatéraux ne sont même pas encore ratifiés par tous les états de l'UE et que, selon les dispositions de la constitution, les compétences en matière de politique extérieure sont exclusivement du ressort du Conseil fédéral. Une modification de ces «règles du jeu» constitutionnelles n'apporterait rien aux réalités de la politique intérieure ni extérieure.

Il convient, en premier lieu, de mettre «sous toit» les accords bilatéraux, d'acquérir des expériences avec ces accords et après examen de tous les facteurs déterminants, de franchir d'éventuelles nouvelles étapes vers une intégration. La Suisse n'est aujourd'hui pas davantage préparée à des négociations d'adhésion sur le plan de la politique intérieure que sur celui de la politique économique. Les besoins de réforme à cet effet doivent d'abord être minutieusement analysés et discutés dans le cadre de la politique.

Le comité «**penser européen - agir raisonnablement. NON à l'initiative UE**» recommande dès lors à toutes les citoyennes et citoyens d'agir avec bon sens et de rejeter cet objet.

Berne, le 23.1.2001

7 Motifs pour un NON à l'initiative UE

- Nous pensons européen et agissons raisonnablement. Notre NON à cette Initiative UE se base sur un réalisme et une conscience responsable en matière de politique nationale. Nous disons avant tout NON à un engagement sans délai de négociations en vue d'une adhésion à l'UE.
- Les accords bilatéraux ont été recommandés au peuple suisse comme un rapprochement judicieux à l'Europe, ceci, dans une optique d'avenir. Des prétentions plus avancées, émises peu après l'acceptation de ces accords, vont effectivement à l'encontre de la volonté du peuple.
- L'initiative «Oui à l'Europe» pose *la mauvaise question au mauvais moment*. La mise en œuvre ainsi que d'éventuelles extensions des accords bilatéraux sont actuellement prioritaires. Des expériences en politique extérieure ne sont aujourd'hui ni demandées ni à risquer sur le plan de la politique nationale.
- Dans les états de l'UE, les accords bilatéraux ne sont pas encore conclus. Aussi longtemps que ces accords ne sont pas entrés en vigueur, il n'est pas permis à la Suisse d'entreprendre de nouveaux pas vers une intégration.
- Un NON à cette initiative de l'UE procure le temps nécessaire à l'examen minutieux des effets sur les plans politique et économique des trois options de politique européenne - extension des accords bilatéraux, EEE 2 ou adhésion à l'UE - et d'entreprendre, en connaissance de cause, les démarches appropriées.
- Que ce soit en politique intérieure ou économique, la Suisse ne serait aujourd'hui pas encore préparée en vue de mener des négociations d'adhésion. En outre, cette initiative populaire contrevient à nos « règles de jeu » constitutionnelles
- Le Conseil fédéral et les Chambres rejettent l'initiative populaire «Oui à l'Europe!». Ceci, selon le mot d'ordre : **«penser européen - agir raisonnablement. NON à l'initiative UE».**

JA zu Europa – NEIN zur EU-Initiative

Von Ständerat Bruno Frick, CVP, Schwyz

Es besteht kein Grund, auf einen EU-Beitritt zu drängen, bevor die bilateralen Verträge in Kraft und ihre Auswirkungen bekannt sind. Vor Beginn der Verhandlungen müssen zudem die Auswirkungen auf die Volksrechte und die politischen Institutionen der Schweiz abschätzbar sein. Denn ein EU-Beitritt führt zu einem tiefgreifenden inneren Umbau unseres Landes.

Die drei Gruppierungen in der Schweizer Europapolitik

In der schweizerischen Europapolitik sind drei Gruppen auszumachen:

- Die erste Gruppe bilden jene, welche die Schweiz lieber seit gestern als erst morgen in der EU sähen. Politische Umstände und die innenpolitischen Auswirkungen eines Beitrittes berühren sie wenig. Diese europapolitischen Springinsfeld werden auch Euro-Turbos genannt. Sie unterstützen die EU-Initiative.
- Die zweite Gruppe sind die Europa-Realisten. Sie nehmen die bilateralen Verträge ernst und wollen Erfahrungen mit ihnen sammeln. Sie wissen, dass sofortige Beitrittsverhandlungen im Widerspruch zum Fahrplan der Bilateralen und zu den Zusicherungen vor der Mai-Abstimmung 2000 stehen. Es sind die Pferde, die den Karren im sicheren Tempo vorwärts ziehen. Zu ihnen gehören der Bundesrat und die grosse Mehrheit von National- und Ständerat - egal ob sie einen Beitritt als Ziel oder Option bezeichnen. Sie lehnen die Initiative ab. Zu dieser Gruppe zählt auch unser Komitee.
- Die letzte Gruppe schliesslich bilden jene, die gleichsam wie störrische Grautiere an Ort verharren und jeden weiteren Schritt zum vorneherein verweigern: seien es weitere bilaterale Verträge, ein nachträglicher EWR-Beitritt oder die Möglichkeit einer späteren EU-Mitgliedschaft. Sie stimmen natürlich auch hier Nein.

Bilaterale Verträge in Kraft setzen und erste Erfahrungen sammeln

Aus mehreren Gründen besteht keinerlei Zwang, unverzüglich Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Die bilateralen Verträge sind von den EU-Mitgliedstaaten noch nicht ratifiziert. Und sie sind so konzipiert, dass wir zuerst Erfahrungen sammeln. Das Schweizer Volk hat das Recht, sich nach den ersten sieben Jahre nochmals über die Personenfreizügigkeit und damit über die Fortführung des ganzen bilateralen Vertragspaketes auszusprechen. Die politischen Verhältnisse haben sich seit dem Mai letzten Jahres nicht wesentlich verändert. Wer sich als Person oder Partei heute für sofortige Beitrittsverhandlungen ausspricht, handelt wenig glaubwürdig. Wer sich als Bürgerin und Bürger verschaukelt fühlt, hat guten Grund dazu. Aus dieser Überlegung lehnen viele EU-Befürworter und mit ihnen auch der Bundesrat genau wie die grosse Mehrheit von National- und Ständerat sofortige Beitrittsverhandlungen und die Initiative ab. Der Fahrplan des Bundesrates, der erst in der Legislatur 2003 / 2007 entscheiden will, ob und wann er Beitrittsverhandlungen aufnimmt, orientiert sich an der Realität weit besser.

Die Partisanen sofortiger Verhandlungen rücken die Mitwirkungsrechte der Schweiz als EU-Mitglied ins Zentrum und preisen sie als entscheidenden Gewinn. Ohne Zweifel ist Mitwirkung am Tisch vorteilhafter als Gespräche vor der Türe. Überschätzen wir aber unseren Einfluss nicht!

Die Schweiz stellt 2% der Bevölkerung und Fläche Europas. Die Entwicklung der EU nach den Ergebnissen von Nizza läuft auf eine Stärkung der grossen und eine Schwächung der kleinen Mitglieder hin. Und unvergessen bleibt, wie unser Nachbar Österreich als ebenfalls kleines Land gemassregelt wurde, weil er sich in internen Belangen anders verhielt, als die Grossen und die Mehrheit es wünschten.

Handlungsfreiheit bewahren

Auch für jene von uns, die sich nicht mit dem strategischen Ziel eines EU-Beitrittes identifizieren können, ist die Integration der Schweiz in Europa mit den bilateralen Verträgen nicht abgeschlossen. Auch die Mehrheit des Ständerates, welche aus diesem Grund auf einen Gegenvorschlag zu Initiative verzichtete, hat stets darauf hingewiesen. Die Bilateralen sind für den heutigen Zeitpunkt eine gute Lösung, aber eben auf den Status quo fixiert. Sie tragen der Weiterentwicklung der europäischen Verhältnisse nicht Rechnung und werden sich in einigen Jahren als ‚System der wachsenden Defizite‘ entpuppen. Welches indessen die weiteren Schritte sind, kann heute offen bleiben. Drei grundsätzliche Wege – als Optionen bezeichnet - stehen uns zur Verfügung:

- Abgesehen von einem späteren Beitritt zur EU, ist es zunächst die Fortsetzung des bilateralen Weges durch weitere Vertragspakete. Er könnte später durchaus in eine engere Assoziation der Schweiz zur EU münden. Das EU-Recht sieht diese Möglichkeit vor und der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seinem jüngsten Buch deutlich auf sie hingewiesen. Sie besteht für die Schweiz wie für andere Staaten.
- Weiterhin möglich ist schliesslich ein nachträglicher EWR-Beitritt. Artikel 128 des EWR-Vertrages sichert ihn der Schweiz ohne Verfalldatum zu. Er hätte neben einigen Nachteilen den grossen Vorteil, dass die Schweiz ihre politischen Strukturen und die demokratischen Mitwirkungsrechte nicht umgestalten müsste.

Die Auswirkungen zuerst analysieren

Mit gutem Grund fordert der Bundesrat, dass die Auswirkungen des EU-Beitrittes auf die Schweiz bekannt sein müssen, bevor er Beitrittsverhandlungen eröffnet. Diese Haltung ist verantwortungsbewusst. Die aussenpolitische Kommission des Ständerates hat sich dieser grossen Aufgabe angenommen. Sie wird das Ergebnis bis Ende Jahr vorlegen. Wichtige Auswirkungen sind bereits erkennbar und machen klar, dass für den Beitritt zur EU ein grosser, teils fundamentaler Umbau der politischen Schweiz nötig sein wird: Die Entscheidungskompetenzen verlagern sich von Volk und Parlament auf den Bundesrat, was die *direkte Demokratie und die Volksrechte* stark einschränkt. Der *Föderalismus* ist aufgrund Kompetenzordnung der EU wesentlich umzubauen. Der Mindestsatz von 15% MWSt verlangt ein anderes Steuersystem. Die Schweiz muss auf die eigene *Währung* verzichten und kann ihre eigene *Konjunkturpolitik* nicht weiterführen. Sie muss wohl auch das *Bankgeheimnis* aufgeben, was der Bundesrat als nicht verhandelbar bezeichnet. Unser *Regierungssystem* mit nur sieben Bundesräten ist zu ersetzen. Alle seine Mitglieder verbrächten mehr als die Hälfte der Zeit in Brüssel. Die *Landwirtschaft* verliert rund 1.5 Milliarden Franken des Verkaufserlöses ihrer Produkte. Bereits diese Schlaglichter auf einzelne Konsequenzen illustrieren deutlich, dass Beitrittsverhandlungen eine gründliche Analyse der Konsequenzen voraussetzen.

Die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt mit dem falschen Titel

Nationalrat Walter Frey, SVP ZH

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist unbestritten, dass die Schweiz ihren hohen materiellen Lebensstandard nicht allein auf dem Binnenmarkt erwirtschaften kann, sondern dass dieser auch stark vom Export von Gütern und Dienstleistungen in die ganze Welt abhängt. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den 15 EU-Ländern, mit denen wir auch historisch und kulturell eng verbunden sind, sind von grösster Bedeutung.

Von grösster Bedeutung ist jedoch auch die staatspolitische Basis auf der dieser hohe materielle Lebensstandard erwirtschaftet wird, im Klartext die direkte Demokratie und die Unabhängigkeit gegen aussen auf der Basis der verteidigten Neutralität.

Die zur Abstimmung anstehende Initiative „Ja zu Europa!“ muss abgelehnt werden unter anderem weil es die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt mit dem falschen Titel ist.

Gehen wir näher darauf ein:

Die Initiative verlangt Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union ohne Verzug aufzunehmen. Die Europäische Union ist aber bekanntlich nicht Europa, sondern vorderhand ein nach Maastrichter Kriterien bestimmtes Gebilde von 15 Mitgliedstaaten.

Wer also Ja zu Europa sagt, muss nicht Ja zur Maastrichter EU sagen und etwas anderes würde wohl nicht übrig bleiben, falls der Bundesrat zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen gezwungen würde.

Soweit zum Titel. Er ist falsch.

Nun zur falschen Frage im falschen Zeitpunkt

Es ist in Artikel 166 der Bundesverfassung klar geregelt, dass es Sache des Bundesrates ist, Zeitpunkt, Inhalt und Fahrplan internationaler Verhandlungen zu bestimmen. Wenn nun das Volk dem Bundesrat den Auftrag gibt, mit den Verhandlungen unverzüglich zu beginnen, würde damit die Schweiz zum Bittsteller degradiert und der Bundesrat wäre bei den Verhandlungen in der Defensive. Die berechtigten Interessen des Schweizer Volkes im immateriellen wie im materiellen Bereich ob Freiheit oder Wohlstand könnten nicht mit der notwendigen Entschlossenheit einge-

bracht werden. Es ist eindeutig, dass auf einer solchen Basis keine optimalen Resultate für die Schweiz verhandelt werden könnten.

Dass auch der Zeitpunkt nicht schlechter gewählt werden könnte, leuchtet hoffentlich jedem Staatsbürger ein. Die bilateralen Verträge, für die wir im letzten Jahren auf diplomatisch und innenpolitischer Ebene mit grossem Engagement gekämpft haben, sind noch nicht einmal unter „Dach und Fach“, einzelne EU-Staaten haben diese Verträge noch nicht ratifiziert. Die Verträge haben noch keine Rechtskraft erhalten, und wir haben noch keinerlei Erfahrungen über die Auswirkungen in allen Bereichen, ganz speziell in den für uns so schwierigen Bereichen des freien Personenverkehrs und des Landverkehrs. Solange diese wichtigen Verträge nicht in Rechtskraft erwachsen sind, dürfen wir in unserem Land nicht über weitere Integrationsschritte entscheiden, zumal wir der EU über die bilateralen Verträge einschneidende Zugeständnisse abringen konnten, die bei einem Beitritt nicht mehr zu halten wären. Ich denke da etwa an die etappierte Einführung der Personenfreizügigkeit mit einer möglichen zweiten Volksabstimmung, welche im Jahre 2007 auf der Basis gemachter Erfahrungen noch möglich ist.

Warum sollte die EU in der Annahme, dass die Schweiz Vollmitglied werden möchte, diese Zugeständnisse noch gewähren? Warum sollte sie bei weiteren bilateralen Verhandlungen überhaupt noch Zugeständnisse machen oder überhaupt auf Verhandlungen eintreten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass bei einer Annahme dieser EU-Initiative die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Schweizer Politik im In- und im Ausland in Frage gestellt würde. Alle Politikerinnen und Politiker, Linke und Rechte, EU-Turbos und EU-Kritiker haben beim Abstimmungskampf zu den bilateralen Verträgen die ausgehandelten, institutionellen Vorteile herausgestrichen und auch auf die Freiheit eines Wiederausstiegs nach sieben Jahren hingewiesen. Und jetzt, wo diese Verträge durch das Volk angenommen wurden, will man die Schweiz ohne Verzug in Beitrittsverhandlungen drängen. So macht man im Ausland keinen „Staat“ und sicher auch im Inland nicht. Der Zeitpunkt und da pflichte ich den EU-Befürwortern wie auch den Herren Bundesräten Deiss oder Couchepin bei, der Zeitpunkt ist mit Sicherheit der Falsche. Ein Ja zur Initiative wäre aus meiner Sicht ein tollkühnes Risiko. Ein Risiko, das die Schweiz nicht eingehen darf und auch nicht eingehen muss, falls man Wohlstand und Freiheit in der Schweiz nicht gefährden will.

Für mich kommt folglich nur ein klares NEIN zur Volksinitiative „Ja zu Europa!“ in Frage. Und dies auf der Basis von Realismus, staatspolitischer Verantwortung sowie aus aussen- und innenpolitischen Überlegungen. Die Schweiz muss auf der Basis der bilateralen Verträge die entsprechenden Erfahrungen sammeln und einen weiteren Ausbau dieses bilateralen Weges mit der EU vorantreiben, sofern hierzu beiderseitiges Interesse besteht. Ich rufe deshalb das Schweizer Stimmvolk auf, vernünftig zu handeln und NEIN zu dieser gefährlichen EU-Initiative zu sagen.

Conférence de presse du 23 janvier 2001 :

résumé de l'intervention de Jean-Claude Cornu,

Conseiller aux Etats - PRD/FR

Brèves remarques introductives

...

Les Bilatérales d'abord

Pendant la campagne (récente) qui a précédé le vote sur les Bilatérales, le Conseil fédéral, comme de nombreux parlementaires, a déclaré qu'un oui aux Bilatérales n'engagerait d'aucune manière la suite des réflexions ou démarches relativement à une adhésion pure et simple à l'Union européenne. Dire oui maintenant à l'initiative des jeunes revient à trahir ces engagements et à jeter un discrédit très dommageable sur la classe politique, et sur le Conseil fédéral en particulier. A la veille d'autres échéances importantes relativement à l'ouverture de la Suisse sur le monde, à sa participation à d'autres instances internationales, de tels contradictions ne sont pas justifiables et ne seraient pas comprises par une large partie du peuple, même s'il y va d'un objectif qui tient à cœur à beaucoup, celui de l'intégration européenne.

Fruit de quatre années de négociations parfois difficiles, les sept Accords bilatéraux conclus avec l'UE forment un tout équilibré. La Suisse en retirera de nombreux avantages. Des mesures spécifiques ont été prévues pour parer aux inconvénients qui pourraient se manifester (en particulier en matière de libre circulation des personnes et de transports terrestres). Même si les Bilatérales ne sont considérées par certains que comme un pas vers l'adhésion, elles constituent un moyen incomparable de convaincre une partie de notre population des avantages de l'UE, voire des désavantages de ne pas être membre à part entière de l'UE. Aussi, ne répétons pas les erreurs de 1992. La question de l'adhésion viendra ; on s'y prépare. En attendant, même si cela peut paraître cynique, vivons l'expérience et les avantages durement négociés dans le cadre des Bilatérales, avantages que l'on ne retrouve pas, à tout le moins sous cette forme, en cas d'adhésion.

Si de bonnes expériences sont faites dans les six à huit ans à venir, il y aura moins de problèmes à convaincre le peuple et les cantons d'adhérer à l'UE, si cela s'avère définitivement comme un avantage à moyenne ou longue échéance pour la Suisse.

Le Conseil fédéral doit rester maître de la situation

En Suisse, la responsabilité de la politique extérieure est l'affaire du Conseil fédéral, selon notre ordre constitutionnel, que nous venons de confirmer dans le cadre de la révision récente de notre Constitution fédérale. Or, il est essentiel que ce soit le Conseil fédéral qui garde la maîtrise, dans ce domaine délicat, de la procédure, des moyens et du calendrier à respecter en matière de politique étrangère.

Les chambres fédérales ne doivent jouer dans cette matière qu'un rôle subsidiaire, d'accompagnement du Conseil fédéral, alors que le peuple intervient en fin de compte, à la fin du processus, une fois que toutes les conséquences du projet sont connues et qu'il peut se prononcer en toute connaissance de cause.

Il n'est pas judicieux de remettre en cause cet ordre constitutionnel, soit la répartition des tâches entre le Conseil fédéral, les Chambres fédérales et le peuple. En 1997, le peuple suisse l'avait fort bien compris, en rejetant massivement l'initiative de la Lega et des Démocrates suisses visant à interdire au Conseil fédéral d'entreprendre des négociations en vue de l'adhésion de la Suisse à l'Union européenne.

Il serait tout aussi faux maintenant de forcer le Conseil fédéral à entamer immédiatement, « sans délai », « unverzüglich », des négociations d'adhésion de la Suisse à l'Union européenne. Le Conseil fédéral n'en veut du reste pas ; il veut garder la maîtrise de ce dossier, notamment du calendrier.

Relation Suisse - UE

Les relations entre la Suisse et l'UE ont gagné en intensité au cours de ces deux dernières décennies, malgré le couac du refus par le peuple, en 1992, de l'EEE.

- La négociation des Accords bilatéraux a joué un rôle déterminant à cet égard. Après un tel exercice, l'UE peut fort bien comprendre que la Suisse veuille marquer un temps d'arrêt, sans lui en tenir rigueur. Du reste, dans les cadres des Accords bilatéraux eux-mêmes, il est prévu de reprendre des négociations sur les « left-overs ». Depuis, l'UE a manifesté son intérêt insistant par rapport à d'autres questions (fraude douanière - fiscalité de l'épargne, en particulier). Et nous avons aussi nos propres sujets d'intérêt (sécurité - migrations). C'est dire si les relations vont rester intenses et les intérêts partagés.
- Il ne faut pas perdre de vue non plus que si l'UE présente un intérêt particulier pour la Suisse, l'inverse est tout aussi vrai, compte tenu de la position et de la capacité économique et financière de la Suisse. N'oublions pas que la Suisse représenterait un contributeur net extrêmement intéressant pour l'UE, plus demain qu'hier, soit à un moment où d'autres pays moins bien lotis auront adhéré au plus tôt à l'UE. Je ne pense pas que les portes seront (une fois) fermées ; je ne pense pas que le prix puisse être beaucoup plus élevé dans 10 ans que dans 5 ans.
- Ce qui est clair, par contre, c'est qu'on ne peut plus parler d'Alleingang pour la Suisse. Nos liens bilatéraux et multilatéraux sont trop intenses pour remettre cet acquis en cause. Nous sommes déjà amarés à l'Europe, par un faisceau de liens bilatéraux d'une intensité remarquable, comme d'autres le sont par l'EEE. Eux non plus ne se portent pas mal, du reste.

Brève conclusion

...

Berne, le 23 janvier 2001/JCC

Non à l'initiative pour des raisons Institutionnelles!

de Serge Beck, Conseiller national LPS/VD

L'initiative «Oui à l'Europe» n'est pas seulement préjudiciable à une intégration pragmatique, et donc progressive de notre pays dans la communauté continentale en construction, elle est attentatoire au fonctionnement institutionnel de la Confédération.

Notre pays vient de mener non sans difficultés et après l'échec de plusieurs tentatives de mener une réforme constitutionnelle globale que le peuple a adoptée le 18 avril 1999. L'un des buts de ce chantier constitutionnel était l'épuration de la charte fondamentale de notre Etat des nombreuses dispositions d'ordre ponctuel ou sectoriel qui l'encombraient et nuisaient à sa cohérence et à sa lisibilité.

Les dispositions constitutionnelles relatives aux relations avec l'étranger n'ont pas été modifiées dans leurs principes et prévoient très logiquement, à l'article 184, que:

1 Le Conseil fédéral est chargé des affaires étrangères sous réserve des droits de participations de l'Assemblée fédérale; il représente la Suisse à l'étranger.

2 Il signe les traités et les ratifie. Il les soumet à l'approbation de l'Assemblée fédérale.

3 Lorsque la sauvegarde des intérêts du pays l'exige, le Conseil fédéral peut adopter les ordonnances et prendre les décisions nécessaires. Les ordonnances doivent être limitées dans le temps.

L'article 166 Cst inscrit la participation de l'Assemblée fédérale à la définition de la politique extérieure et la surveillance qu'elle doit exercer dans le domaine des relations avec l'étranger. L'article 140 Cst préserve lui les droits du souverain pour les décisions fondamentales de politique étrangères:

1 Sont soumis au vote du peuple et des cantons:

a. ...

b. l'adhésion à des organisations de sécurité collective ou à des communautés supranationales;

c. ...

Or voici que les apprentis sorciers de l'initiative «Oui à l'Europe», emporté par un élan idéaliste et une analyse superficielle décident qu'ils sont aptes à juger du moment opportun pour ouvrir des négociations et propose au peuple d'imposer celui-ci aux autorités fédérales et plus particulièrement au gouvernement.

La diplomatie helvétique est-elle parfaitement inutile? Suffit-il d'être ébloui par quelques avantages sectoriels ou ponctuels comme la liberté universitaire ou le voyage sans frontière sur le continent pour se lancer dans des négociations à un moment inopportun qui ne peut que transformer ces démarches en rédition!

Si la Constitution prévoit des compétences réparties entre le peuple et les autorités fédérales c'est parce que les relations étrangères, aujourd'hui plus que précédemment, ont des conséquences multiples et complexes sur le devenir de notre peuple, et non seulement sur les plans idéologique ou symbolique, mais au quotidien dans les affaires institutionnelles, économiques et sociales.

En proposant le viol des mécanismes constitutionnels de délégation de compétences éprouvés, les «Euroturbo» poussent vers la stérilisation du rapprochement avec l'Union européenne. Nous sommes actuellement dans la phase de ratification des accords bilatéraux par les états membres et seuls deux d'entre eux, contrairement à la planification prévue, ont confirmé ces accords.

C'est pour éviter les conséquences, de toute manière fâcheuse pour notre pays, de cette votation que j'ai soutenu le contre-projet dont le Conseil des Etats n'a malheureusement pas voulu. En effet si le peuple accepte l'initiative il y a de fortes chances que la ratification des accords bilatéraux soit jugée superflue par les états qui ne les ont pas encore approuvé, ceux-ci jugeant une adhésion à court terme probable. A l'inverse si les citoyens suisses rejettent l'initiative certains pays partenaires ne comprendront pas l'utilité de ratifier les accords avec un pays qui ne veut pas entendre parler d'adhésion.

Cette initiative est un gâchis pour la cohésion de notre pays à l'égard de la question européenne, et les initiants ne manqueront pas de traiter ceux qui sont de cet avis de conservateurs rétrogrades et obtus, alors qu'ils n'ont pas, eux-même, été capables d'intégrer dans leur réflexion le chemin parcouru par notre pays en direction de l'Europe depuis décembre 1992.

Il dit oui avec le cœur, il dit non avec la tête, ainsi pourrait-on décrire le citoyen helvétique face à la construction européenne. La conduite d'un pays et la défense de son intérêt général passe par

des décisions réfléchies, dont on a mesuré les conséquences, et non par des coups de cœur faisant appel au côté émotionnel et donc irrationnel de l'être humain. L'accord sur l'EEE proposé aux citoyens en 1992 procédait du mélange des deux genres, l'aspect émotionnel ayant empêché l'examen approfondi de ses conséquences institutionnelles économiques et sociales pour nos concitoyens. Qui se souvient d'un débat sérieux sur des mesures d'accompagnement d'un accord qui allait pourtant beaucoup plus loin que le résultats des négociations bilatérales?

Dans l'intervalle les structures économiques de notre pays ont fait un effort d'adaptation intense pour se prépare à la concurrence accrue entraînée par une adhésion à l'Union, et ceci progressivement, sans rejeter du marché de l'emploi des dizaines de milliers de travailleurs. La législation a été renouvelée avec la référence constante de compatibilité au cadre légal de l'Europe. Cet effort d'adaptation doit continuer de manière progressive et harmonieuse et l'application des accords bilatéraux et des mesures d'accompagnement y contribuera de manière décisive au cours des six prochaines années.

Un long chemin reste à parcourir dans le domaine institutionnel ; La moitié des citoyens qui votent régulièrement sur des questions fédérales n'est sans doute pas prête à voir sa participation à la définition du cadre légal, et donc du cadre de vie, réduite drastiquement.

Des adaptations fondamentales doivent être mises en place dans le domaine de la fiscalité et dans celui du financement des entreprises et de la propriété immobilière face à une augmentation prévisible des taux d'intérêts de 2 à 3 % entraînée par l'entrée dans un marché européen des capitaux.

Le rapprochement de notre pays vers l'Union européenne doit se poursuivre, mais de manière pragmatique et harmonieuse, sans créer des chocs qui laisseraient de côté des dizaines de milliers de nos concitoyens. La procédure constitutionnelle actuellement en vigueur tient parfaitement compte de la complexité et de la fragilité des mécanismes qui permettent la cohésion et la prospérité de notre pays. Les compétences accordées au gouvernement qui est le plus en situation de procéder à la synthèse des enjeux en matière de relations étrangères est garante d'une évolution cohérente de notre communauté nationale.

La modification constitutionnelle proposée est un viol, non pas qu'elle ne corresponde pas au cadre légal, mais parce qu'elle vise à intervenir constitutionnellement dans un processus en cours en vue de faire prendre par une autre autorité, en l'occurrence le souverain, une décision prise par l'autorité compétente, au sens de la connaissance et de l'appréciation du problème comme au sens constitutionnel, décision qu'elle refuse idéologiquement.

Les Chambres fédérales ont traité en 1996 le message 95.061 qui concernait qui visait au même glissement de compétences dans un sens symétriquement opposé: l'initiative populaire «Négociations d'adhésion à la Communauté Européenne: que le peuple décide!». Des orateurs éminents se sont succédés pour condamner les principes de cette initiative qui a été heureusement rejetée et j'aimerais vous lire une citation de l'une de ces personnes que vous trouverez dans le bulletin des séances du Conseil des Etats à la date du mercredi 5 juin 1996; je cite:

«...Mais cette initiative est aussi une motion de défiance à l'égard de notre Gouvernement, auquel on entend retirer le droit de décider de son propre chef d'entamer des négociations en vue d'une éventuelle adhésion, alors qu'il va de soi que le peuple souverain tient toujours en Suisse son Gouvernement bien sous contrôle, puisqu'il dispose du droit suprême de décider en dernier ressort sur tous les résultats issus des négociations internationales.

C'est aussi une motion de défiance à l'égard de nos propres institutions politiques qui, de l'avis des initiants, ont l'air de ne plus être assez efficaces pour permettre l'exercice correct de nos droits démocratiques puisqu'il faut d'abord voter sur un principe, sans en connaître les modalités, avant de se prononcer sur le véritable contenu. C'est enfin une motion de défiance à l'égard du peuple lui-même puisque les initiants pensent que le peuple est si peu capable de discernement qu'il doit pouvoir se prononcer au moins deux fois sur le même objet.»

Cette personne est Madame la Conseillère aux Etats Christiane Brunner, actuelle présidente du parti socialiste suisse et je lui laisse ainsi volontiers la conclusion de mon exposé!

Komitee NEIN zur EU-Initiative

Die Schweiz ist für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht reif

von Hans-Rudolf Merz, Ständerat FDP/AR

Man hört oft, die Schweiz sei nahezu eurokompatibel. Wir seien faktisch bereits Mitglied der EU. Zudem übe sich der Gesetzgeber in blossem Nachvollzug von EU-Recht.

Eine Gegenüberstellung der EU-Rechtsordnung, des sogenannten ‚acquis communautaire‘ mit geltendem schweizerischem Recht zeigt ein anderes Bild. Der Integrationsbericht des Bundesrates weist für den Fall des Vollbeitritts auf rund 70 Revisionen auf den Stufen Verfassung, Gesetz und Staatsvertrag hin.

Man kann diese Anpassungen in drei Gruppen gliedern:

1. Revision von *Einzelgesetzen* in den Bereichen Statistik, Lebensmittel, Produkthaftung, Feuerversicherung, Medizinausbildung, Asylwesen und Krankenversicherung.
2. Revision von Politiken wie insbesondere etwa *Sozialpolitik* (Einführung von Mutterschaftsversicherung und Elternurlaub, Erlass eines Mitwirkungsgesetzes), *Agrarpolitik* (Abbau der heutigen Direktzahlungen, beschleunigter Strukturwandel), der *Währungs- und Wirtschaftspolitik* (Aufgabe von Nationalbank und Schweizerfranken) sowie der *Fiskal- und Steuerpolitik* (Verdoppelung der Mehrwertsteuer, Anhebung verschiedener Steuern von Mineralöl- oder Tabaksteuer)
3. Revision und dabei Schmälerung der *Volksrechte* sowie Neugestaltung der *Staatsleitung* (Regierungsreform). Initiative und Referendum sind nicht nur Instrumente unserer Demokratie, sondern eigentliche Taktgeber für unsere ganze politische Kultur. Sie müssten dem EU-Recht nachgeordnet werden.

Man muss insgesamt von einem eigentlichen Umbau unseres Staates sprechen. In dieser Ausgangslage ist die Aktivierung des Beitrittsbuches eine *Illusion*. Die Initiative würde den Bundesrat nämlich unter Zwang setzen. Er müsste aus einer schwachen Stellung verhandeln.

Stattdessen müssen wir zuerst die Optionen Beitritt, Bilateralismus und EWR beurteilen. Anschliessend sind die innenpolitischen Machbarkeiten zu diskutieren und schliesslich die erforderlichen Revisionen an die Hand zu nehmen.

Die Schweiz kann erst dann selbstbewusst und zielführend verhandeln, wenn sie eine klare Europastrategie hat. Ohne solche Ziele verhandelt aber kein Krämer, geschweige ein Staat.

Komitee NEIN zur EU-Initiative

Co-Präsidium

Name	Vorname	Funktion	Partei	Kanton
Beck	Serge	NR	LPS	VD
Briner	Peter	SR	FDP	SH
Cornu	Jean-Claude	CE	PRD	FR
Frey	Walter	NR	SVP	ZH
Frick	Bruno	SR	CVP	SZ
Gadient	Brigitta	NR	SVP	GR
Frey	Claude	CN	PRD	NE
Merz	Hans Rudolf	SR	FDP	AR
Schmied	Walter	CN	UDC	BE
Schmid	Carlo	SR	CVP	AI

Überparteiliches Komitee

Name	Vorname	Funktion	Partei	Kanton
Aeschbacher	Ruedi	NR	EVP	ZH
Baader	Caspar	NR	SVP	BL
Bader	Elvira	NR	CVP	SO
Bangerter	Käthi	NR	FDP	BE
Baumann	J. Alexander	NR	SVP	TG
Beck	Serge	CN	LPS	VD
Bezzola	Duri	NR	FDP	GR
Bieri-Luthiger	Peter	SR	CVP	ZG
Bigger	Elmar	NR	SVP	SG
Bignasca	Giuliano	NR	O/LEGA	TI
Binder	Max	NR	SVP	ZH
Bosshard	Walter	NR	FDP	ZH
Brunner	Toni	NR	SVP	SG
Bugnon	André	CN	UDC	VD
Bührer	Gerold	NR	FDP	SH
Bürgi	Hermann	SR	SVP	TG
Büttiker	Rolf	SR	FDP	SO
Decurtins	Walter	NR	CVP	GR
Dettling	Toni	SR	FDP	SZ
Dunant	Jean Henri	NR	SVP	BS
Eberhard	Toni	NR	CVP	SZ
Egerszegi-Obrist	Christine	NR	FDP	AG
Engelberger	Edi	NR	FDP	NW
Estermann	Heinrich	NR	CVP	LU
Fattebert	Jean	CN	UDC	VD
Fehr	Lisbeth	NR	SVP	ZH
Fischer	Ulrich	NR	FDP	AG
Föhn	Peter	NR	SVP	SZ
Forster-Vannini	Erika	SR	FDP	SG
Freund	Jakob	NR	SVP	AR
Giezendanner	Ulrich	NR	SVP	AG
Glur	Walter	NR	SVP	AG

Überparteiliches Komitee (Fortsetzung)

Name	Vorname	Funktion	Partei	Kanton
Gysin	Hans Rudolf	NR	FDP	BL
Haller	Ursula	NR	SVP	BE
Hassler	Hansjörg	NR	SVP	GR
Heberlein	Trix	NR	FDP	ZH
Heim	Alex	NR	CVP	SO
Hess	Bernhard	NR	SD	BE
Hess	Walter	NR	CVP	SG
Hess	Peter	NR	CVP	ZG
Hess	Hans	SR	FDP	OW
Hofmann	Hans	SR	SVP	ZH
Inderkum	Hansheiri	SR	CVP	UR
Jenny	This	SR	SVP	GL
Joder	Rudolf	NR	SVP	BE
Kaufmann	Hans	NR	SVP	ZH
Keller	Robert	NR	SVP	ZH
Kurrus	Paul	NR	FDP	BL
Laubacher	Otto	NR	SVP	LU
Leu	Josef	NR	CVP	LU
Leutenegger	Hajo	NR	FDP	ZG
Leuthard	Doris	NR	CVP	AG
Lustenberger	Ruedi	NR	CVP	LU
Mathys	Hans Ulrich	NR	SVP	AG
Messmer	Werner	NR	FDP	TG
Mörgeli	Christoph	NR	SVP	ZH
Oehrli	Fritz Abraham	NR	SVP	BE
Pfister	Theophil	NR	SVP	SG
Pfisterer	Thomas	SR	FDP	AG
Raggenbass	Hansueli	NR	CVP	TG
Randegger	Johannes	NR	FDP	BS
Reimann	Maximilian	SR	SVP	AG
Schenk	Simon	NR	SVP	BE
Scherer	Marcel	NR	SVP	ZG
Schiesser	Fritz	SR	FDP	GL
Schneider	Johann N.	NR	FDP	BE
Schweiger	Rolf	SR	FDP	ZG
Seiler	Hanspeter	NR	SVP	BE
Siegrist	Ulrich	NR	SVP	AG
Slongo-Albrecht	Marianne	SR	CVP	NW
Speck	Christian	NR	SVP	AG
Spoerry	Vreni	SR	FDP	ZH
Spuhler	Peter	NR	SVP	TG
Stähelin	Philipp	SR	CVP	TG
Stamm	Luzi	NR	FDP	AG
Steinegger	Franz	NR	FDP	UR
Studer	Heiner	NR	EUP	AG
Theiler	Georges	NR	FDP	LU
Triponez	Pierre	NR	FDP	BE
Tschuppert	Karl	NR	FDP	LU
Vallender	Dorle	NR	FDP	AR

Überparteiliches Komitee (Fortsetzung)

Name	Vorname	Funktion	Partei	Kanton
Waber	Christian	NR	EDU	BE
Walter	Hansjörg	NR	SVP	TG
Wandfluh	Hansruedi	NR	SVP	BE
Weigelt	Peter	NR	FDP	SG
Wenger	Rico	SR	SVP	SH
Weyeneth	Hermann	NR	SVP	BE
Wicki	Franz	SR	CVP	LU
Widrig	Hans Werner	NR	CVP	SG
Wittenwiler	Milli	NR	FDP	SG
Zuppiger	Bruno	NR	SVP	ZH

(Stand 22.1.01)

Anzahl: 101

inkl. Co-Präsidium